

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
9. Sitzung

20.02.1986
the-ma

a) Anträge der SPD-Fraktion (die Numerierung bezieht sich auf Anlage 1 zu diesem Protokoll)

Anträge 1 und 2 - betreffend Kapitel 06 010
Titel 422 10 und 425 10 - werden gegen die
Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Antrag 3 - betreffend Ansatzerhöhung bei Ka-
pitel 06 020 Titel 812 13 - wird einstimmig
angenommen.

Antrag 4 - betreffend Kapitel 06 020 Ti-
tel 422 10 - wird einstimmig angenommen.

Antrag 5 - betreffend Kapitel 06 020
Titel 681 60 - wird einstimmig angenommen.

Antrag 6 - betreffend Kapitel 06 020
Titelgruppe 65 - wird gegen die Stimmen der CDU
bei Enthaltung der F.D.P. angenommen.

Anträge 7 und 8 - betreffend Kapitel 06 020
Titel 713 66 und 714 66 - werden einstimmig
angenommen.

Anträge 9 und 10 - betreffend Kapitel 06 020
Titelgruppe 92 und Titel 547 92 - werden ein-
stimmig angenommen.

Antrag 11 - betreffend Kapitel 06 040
Titel 812 70 - wird einstimmig angenommen.

Antrag 12 - betreffend Kapitel 06 082
Titel 425 99, 429 99 und 425 10 - wird bei
Enthaltung von CDU und F.D.P. angenommen.

Antrag 13 - betreffend Kapitel 06 084
Titel 425 10 - wird gegen die Stimmen der CDU
bei Enthaltung der F.D.P. angenommen.

Antrag 14 - betreffend Kapitel 06 111 diverse
Titel - wird gegen die Stimme der F.D.P.
angenommen.

Anträge 15 und 16 - betreffend Kapitel 06 141
Titel 425 10 und 547 10 - werden einstimmig
angenommen.

Antrag 17 - betreffend Kapitel 06 142
Titel 429 00 - wird einstimmig angenommen.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
9. Sitzung

20.02.1986
the-ma

Antrag 18 - betreffend Kapitel 06 171
Titel 425 10 - wird einstimmig angenommen.

Antrag 19 - betreffend Kapitel 06 220
Titel 716 40 und 716 10 - wird einstimmig
angenommen.

Antrag 20 - betreffend Kapitel 06 250
Titel 717 10 - wird einstimmig angenommen.

Antrag 21 - betreffend Kapitel 06 260
Titel 812 11 und 813 95 - wird einstimmig
angenommen.

Antrag 22 - betreffend Kapitel 06 510
Titel 724 10 und 712 20 - wird einstimmig
angenommen.

Antrag 23 - betreffend Kapitel 06 530, 06 540
und Kapitel 06 550 jeweils Titel 427 11 und
Kapitel 06 020 Titel 429 88 - wird einstimmig
angenommen.

Vor der Annahme des Antrags 23 wird über zwei
im Laufe der Diskussion gestellte Anträge der
CDU-Fraktion abgestimmt:

Der Antrag, die Honorare für Lehraufträge
ohne gleichzeitigen Deckungsvorschlag um 30 %
= insgesamt 1,5 Millionen DM zu erhöhen, wird
mit den Stimmen von SPD und F.D.P. abgelehnt.

Der Antrag, im SPD-Antrag 23, der eine 20zige
Honorarerhöhung vorsieht, auf den Deckungsvor-
schlag zu verzichten, wird mit den Stimmen
der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P.
abgelehnt.

Antrag 24 - betreffend Kapitel 06 710 Titel-
gruppe 97 und Kapitel 06 690 Titelgruppe 97 -
wird bei einer Gegenstimme durch die CDU
angenommen.

Antrag 25 - betreffend Kapitel 06 770
Titel 752 00 - wird einstimmig angenommen.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
9. Sitzung

20.02.1986
the-ma

b) Antrag der CDU-Fraktion

Der Antrag zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses - Anlage 2 zu diesem Protokoll - wird mit den Stimmen von SPD und F.D.P. abgelehnt.

c) Anträge der F.D.P.-Fraktion (Anlage 3 zu diesem Protokoll)

1. Der Antrag, im Kapitel 06 020 Titel 531 10 - Öffentlichkeitsarbeit und Ausstellungen - den Ansatz um 10 % = 32 000 DM zu kürzen, wird bei zwei Enthaltungen der CDU-Fraktion im übrigen mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt.
2. Die Anträge, in allen in Betracht kommenden Kapiteln bei den Titeln 422 10 - Bezüge der Beamten - die 70 zum 1. Januar 1986 gestrichenen Planstellen für Beamte wieder einzurichten und die bei 95 Planstellen angebrachten kw-Vermerke zum 30.09.1986 zu streichen, wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.
3. Der Antrag, 60 C-2-Stellen und 30 C-3-Stellen für qualifizierte Wissenschaftler einzurichten, die bislang mit Zeitarbeitsverträgen beschäftigt waren - Mehrvolumen: ca. 10 Millionen DM - wird mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt.
4. Der Antrag, im Kapitel 06 040 einen neuen Titel 685 33 - Zuschuß an die Fördergemeinschaft Universitäts-Poliklinik ZMK (Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten) e.V. Witten-Bommern - mit einem Ansatz von 200 000 DM einzurichten, wird mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt.
5. Die weiteren Anträge der F.D.P.-Fraktion - betreffend Mensa für die Abteilung Mönchengladbach der Fachhochschule Niederrhein und Vergütungen für Lehraufträge - sind durch die vorhergehenden Anträge der SPD-Fraktion erledigt.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
9. Sitzung

20.02.1986
the-ma

Der Ausschuß nimmt sodann die bereits in der vergangenen Sitzung behandelten "Zehnerblocks" des Wissenschaftsministers, die nach Aussage von MinDgt Dr. Danco mit dem Finanzminister abgestimmt sind, einstimmig an.

In der Schlußabstimmung wird der Einzelplan 06 - Minister für Wissenschaft und Forschung - unter Einbeziehung der zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Berichterstatter: Abg. Schultz-Tornau (F.D.P.)

3 Gesetz über die Zulassung zum Hochschulstudium in Nordrhein-Westfalen (Hochschulzulassungsgesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/541

- Bericht des Ministers für Wissenschaft und Forschung
Beratung/Beschlußfassung

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung stimmt dem Gesetzentwurf Drucksache 10/541 einstimmig zu.

4 Gemeinschaftsaufgaben nach Artikel 91 a GG;

hier: Anmeldungen zum 16. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz

- Bericht des Ministers für Wissenschaft und Forschung
Beratung und Beschlußfassung über die Kenntnisnahme

Der Ausschuß fordert die Landesregierung auf, die Mittel für den Umbau der Fachhochschule Hagen von 3,9 Millionen DM um 3,6 Millionen DM auf 7,5 Millionen DM zu erhöhen und dafür Deckungsvorschläge in gleicher Höhe zu erarbeiten.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
9. Sitzung

20.02.1986
the-ma

Der Ausschuß nimmt die Anmeldungen zum 16. Rahmenplan zur Kenntnis.

Nächste Sitzung: 27. Februar 1986 in Paderborn

- - - - -

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
9. Sitzung

20.02.1986
the-ma

Aus der Diskussion

Zu 1: Aktuelle Viertelstunde: Fachbereich Katholische Theologie in Münster

Abg. Dr. Fischer (CDU) hat die folgende Frage schriftlich eingereicht:

Wie ist die Situation des Fachbereichs Katholische Theologie an der Universität Münster?

Der Minister für Wissenschaft und Forschung, Frau Brunn, macht darauf aufmerksam, daß dieser Fachbereich, der zu den ältesten Fakultäten der Universität zähle, als der studentenstärkste katholisch-theologische Fachbereich im gesamten deutschen Sprachraum gelte: Im Wintersemester 1984/85 hätten in Münster insgesamt 3 550 Studenten katholische Theologie studiert, davon rund 2 300 im ersten Hauptfach, von denen wiederum etwa 200 die kirchliche Prüfung, ca. 1 000 das Diplom und rund 1 100 das Lehramtsexamen als Religionslehrer angestrebt hätten. Die Priesterausbildung, die im Rahmen einer staatlichen Hochschule des Landes außer in Münster noch in Bochum und Bonn angeboten werde, nehme zahlenmäßig den geringsten Raum ein.

Die Stundenzahlen seien nach vorläufigen statistischen Erhebungen im Wintersemester 1985/86 leicht rückläufig.

Der Fachbereich sei mit 31 Professuren - davon 19 nach Besoldungsgruppe C 4 und 10 nach C 3 - sowie 35 wissenschaftlichen Mitarbeitern und einigen Lehrbeauftragten ausgestattet. Die kapazitative Auslastung liege unter Zugrundelegung der Maßstäbe der Kapazitätsverordnung bei rund 80 %.

Nach der Zusammenführung der Abteilung Münster der ehemaligen Pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe im Jahre 1980 mit der Universität Münster sei die Katholische Theologie der früheren PH-Lehramtsstudiengänge mit Wirkung vom 1. Januar 1985 im Rahmen der Universitätsneuorganisation inneruniversitär dem Fachbereich Katholische Theologie zugeordnet worden.

Die Kernfächer der Katholischen Theologie seien - zum Teil durch Parallelllehrstühle - ebenso vertreten wie die übrigen Teildisziplinen.

Auf eine entsprechende Zusatzfrage von Abg. Dr. Fischer (CDU) teilt Frau Minister Brunn weiter mit, in Münster seien gegenwärtig fünf Lehrstühle unbesetzt. Vier davon, so fügt Ministerialdirigent Dr. Küchenhoff (MWF) hinzu, befänden sich derzeit im Besetzungsverfahren.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
9. Sitzung

20.02.1986
the-ma

Zu 2: Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1986 (Haushaltsgesetz 1986)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/450, 10/500 und 10/650
Vorlagen 10/190, 10/215 und 10/249

Einzelplan 06 - Minister für Wissenschaft und Forschung
- Anträge und Beschlußfassung

Die Abstimmungsergebnisse finden sich ausschließlich im Beschlußteil dieses Protokolls und werden im folgenden Diskussionsteil nicht wiederholt.

Der Ausschuß gesteht dem Finanzminister zu, im Rahmen der Erstellung der Veränderungsnachweise rein redaktionelle Änderungen an den Anträgen vorzunehmen.

a) Anträge der SPD-Fraktion

Die folgende Numerierung der Anträge bezieht sich auf die laufenden Nummern der diesem Protokoll als Anlage 1 beigelegten Zusammenstellung der SPD-Anträge.

Anträge 1 und 2

Abg. Kniola (SPD) macht deutlich, daß es sich hierbei um Anträge handele, die im Nachvollzug der Neubesetzung im Ministerbüro gestellt worden seien.

Auf die diesbezügliche Frage von LMR Sievers (Finanzministerium) bestätigt Ministerialrat Fiege (MWF), daß die Zusatzkosten im Ansatz aufgefangen würden.

Antrag 3

Abg. Kniola (SPD) unterstreicht die Bedeutung dieses - nach seiner Einschätzung zwischen den Fraktionen unstrittigen - Antrags. In allen Gesprächen, die man hierzu mit den Hochschulen, der Landesrektorenkonferenz usw. geführt habe, sei der über die bisherigen

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
9. Sitzung

20.02.1986
the-ma

Haushaltsansätze hinausgehende Bedarf für Investitionen im Bereich der Großgeräte bestätigt worden.

Es sei eine wichtige und von der SPD-Fraktion gern zur Kenntnis genommene Änderung gewesen, daß zusätzliche Bundesmittel bereitgestellt worden seien. Seines Erachtens sei es die Pflicht des Landes, entsprechende eigene Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die vom Bund gebotenen Möglichkeiten überhaupt ausgeschöpft werden könnten.

Schwierigkeiten habe es bei der Findung eines Deckungsvorschlags gegeben. Nach sorgfältiger Prüfung der Zahlen im BAföG-Bereich, nach Rücksprache mit Vertretern der Studentenwerke und genauer Durchsicht der Sozialerhebung der Studentenwerke habe man aber festgestellt, daß es einen Widerspruch zwischen den im Haushaltsplanentwurf ausgewiesenen DM-Beträgen und dem gebe, was Frau Minister Brunn in ihrer Erläuterung zum Haushaltsplan geschrieben habe.

Daraus habe sich die Möglichkeit ergeben, auf diese Haushaltsansätze zurückzugreifen und aus diesem Bereich Deckungsvorschläge für die unstrittige Finanzierung von zusätzlichen Großgeräten zu machen.

Abg. Dr. Rödding (CDU) erinnert daran, daß seine Fraktion in den vergangenen Jahren immer wieder auf diese Problematik hingewiesen und auch zahlreiche Anträge auf Erhöhung dieser Haushaltsposition gestellt habe. Insofern begrüße die CDU diesen Antrag.

Freilich müsse von der Landesregierung eine Perspektive entwickelt werden, wie sie auf Dauer mit dieser Problematik fertig werden wolle; sonst bestehe Gefahr, daß das Land immer weiter in Rückstand gerate.

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß insbesondere an den vor etwa 10 Jahren gegründeten Hochschulen inzwischen ein erheblicher Ersatzbedarf bestehe, so daß der Antrag von der Sache her begründet sei und auch von seiner Fraktion mitgetragen werde.

Abg. Kniola (SPD) legt dar, daß auch im vorigen Jahr die reduzierten Ansätze aufgrund eines SPD-Antrags durch einstimmigen Ausschlußbeschuß deutlich korrigiert worden seien, womit das Ziel der Verstetigung verfolgt worden sei.

Vor dem Hintergrund auch der Diskussion in den Bund-Länder-Gremien, von denen der aus den Hochschulen angemeldete Bedarf nach Begutachtung nicht etwa bestritten, sondern im Gegenteil bejaht werde,

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
9. Sitzung

20.02.1986
the-ma

habe sich die SPD-Fraktion zu dem Erhöhungsantrag entschlossen. Es sei Ausdruck des politischen Willens der SPD, daß die erneut erhöhte Quote Maßstab für künftige Haushaltspläne sein solle.

Antrag 4

Ohne Diskussion.

Antrag 5

Abg. Kniola (SPD) unterstreicht, daß nach dem Willen des Antragstellers die Ansatzserhöhung speziell für deutsch-israelische Studentenbegegnungen gedacht sei, obwohl die Erläuterungen zu diesem Titel an sich umfassender seien. Für Ost-West-Begegnungen, Berlin-Fahrten und dergleichen stünden aber bei Bedarf weitere Bundesmittel zur Verfügung, was für die deutsch-israelischen Begegnungen nicht zutreffe. Gerade angesichts der jüngsten unliebsamen politischen Vorfälle halte die SPD hier eine Akzentsetzung für wichtig.

Was die Deckung betreffe, so gehe es bei dem Vorschlag um die Streichung von Geldern für die Studentenschaften. Er betont nachdrücklich, daß es seine Fraktion nicht für sinnvoll halte, die Studentenschaften mit zusätzlichen öffentlichen Mitteln für Aufgaben auszustatten, die sie kraft Gesetzes aus ihren Beiträgen finanzieren müßten und auch finanzieren könnten.

Antrag 6

Abg. Dr. Rödding (CDU) wiederholt die schon in den Vorjahren vorgetragenen erheblichen Bedenken seiner Fraktion gegen Form und Verfahren der Konzentrationsmaßnahmen; es handele sich dabei auch um rechtliche, insbesondere verfassungsrechtliche Bedenken. Aus diesem Grunde werde seine Fraktion diesen Maßnahmen nicht zustimmen.

Anträge 7 und 8

Abg. Dr. Fischer (CDU) möchte wissen, warum ausweislich des Deckungsvorschlags ausgerechnet beim Neubau des Instituts für Roboterforschung der Universität Dortmund Mittel gestrichen würden. Ministerialdirigent Dr. Danco (MWF) verweist auf die Mitteilung der Staatshochbauverwaltung Dortmund, daß bis 1986 nur 2,5 Millionen DM kassenwirksam würden; aus diesem Grunde lasse sich die vorgesehene Ansatzkürzung ohne weiteres vertreten.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
9. Sitzung

20.02.1986
the-ma

Anträge 9 und 10

Ohne Diskussion.

Antrag 11

Abg. Kniola (SPD) verweist auf den Deckungsvorschlag, der sich daraus ergebe, daß die Umbauten nicht in dem ursprünglich angenommenen Ausmaß erforderlich seien. Das Geld solle aber nach dem Willen der SPD-Fraktion dem Bereich Biotechnologie erhalten bleiben und deshalb für die Geräteausstattung auf diesem Sektor verwendet werden.

Der Sperrvermerk sei vorgesehen, weil eine Fraktion überfordert sei, bis ins Detail festzulegen, für welche Geräte jeweils wieviel ausgegeben werden dürfe.

Der Frage von Abg. Dr. Rödding (CDU), ob die Fachhochschule Aachen mit der Streichung dieser Mittel einverstanden sei, begegnet Abg. Kniola (SPD) mit dem Hinweis, daß Frau Prof. Kula nicht an der Fachhochschule Aachen untergebracht werde und sich insofern diese Frage nicht stelle.

MinDgt Dr. Danco (MWF) fügt erläuternd hinzu, dieser Titel sei ausgebracht worden, weil ein Ausbau im Gebäude Jülich der Fachhochschule Aachen vorgesehen gewesen sei. Da dies nicht mehr notwendig sei, entfalle die Grundlage für diesen Titel.

Antrag 12

Abg. Kniola (SPD) macht deutlich, daß es sich bei der Sozialforschungsstelle um eine auch wissenschaftlich anerkannte Einrichtung handle, die in erheblichem Umfang Drittmittel - und zwar nicht nur von öffentlichen Geldgebern, sondern auch von Betrieben und Organisationen der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber - einwerbe. Der Grund für diesen Erfolg liege darin, daß sich die seit Jahren dort tätigen Wissenschaftler handfest mit dem Betriebsgeschehen auseinandersetzen und eine angewandte Sozialforschung betreiben, die sich auch aus der Sicht der Geldgeber vertreten lasse.

An der Sozialforschungsstelle seien über die im Haushalt ausgewiesenen acht Wissenschaftler hinaus weitere 14 Wissenschaftler - da-

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
9. Sitzung

20.02.1986
the-ma

von der überwiegende Teil seit vielen Jahren - tätig, die gemeinsam in der Akquisition von Drittmitteln erfolgreich gewesen seien. Er macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß sich die Situation einer so kleinen Einrichtung mit nur acht Dauerstellen erheblich von der Situation einer Hochschule unterscheidet, der im Bereich des Mittelbaus mehrere hundert Stellen zur Verfügung stünden, die bei Bedarf bewegt werden könnten.

Die SPD-Fraktion sei nun der Meinung, daß die Hälfte der zur Zeit aus Drittmitteln gezahlten Wissenschaftler auf Dauerpositionen übernommen und aus Drittmitteln bezahlt werden sollten. Bei einer solchen Regelung bildete die andere Hälfte dieser Wissenschaftler immer noch eine ausreichende Sicherheitsmarge bei eventuellen Veränderungen im Drittmittelbereich. Im übrigen handele es sich bei dem Antrag um Angestellten- und nicht um Beamtenstellen, so daß im Falle dramatischer Entwicklungen im Drittmittelbereich - die sich aber gegenwärtig nicht abzeichneten - immer noch ein Bewegungsspielraum bliebe.

Wenn man diese Veränderung nicht vornähme, wäre die Sozialforschungsstelle gezwungen, junge Nachwuchswissenschaftler jeweils nur kurzfristig für bestimmte Projekte zu beschäftigen. Dies sei bei den komplexen Fragestellungen, mit denen man es dort zu tun habe, kaum möglich; denn die Projekte wären dann schon bald nach der Einarbeitungszeit abgelaufen, und eine sinnvolle Arbeit könnte so nicht geleistet werden.

Abg. Dr. Rödding (CDU) erklärt, seine Fraktion kenne das Institut zu wenig, um dieses Anliegen beurteilen zu können; die CDU werde sich daher der Stimme enthalten. - Der Vorsitzende schließt sich dieser Erklärung für seine Fraktion an.

Anträge 13, 14, 15 und 16

Ohne Diskussion.

Antrag 17

Unter Hinweis darauf, daß es sich hierbei um gewichtige Stellen handele, fragt Abg. Dr. Rödding (CDU), wieso sie erst jetzt beantragt würden und noch nicht bei der Aufstellung des Haushaltsplans berücksichtigt worden seien.

Leitender Ministerialrat Fiege (MWF) gibt zu bedenken, daß zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung, also im vorigen Frühjahr, die inzwischen erkennbare Entwicklung der Patientenzahlen und der

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
9. Sitzung

20.02.1986
the-ma

Ausnutzung des neuen Aachener Klinikums noch nicht in vollem Umfang habe vorhergesehen werden können. Die damals für das Jahr 1986 zugrunde gelegten Erwartungen seien weit übertroffen worden, so daß das vom Wissenschaftsrat empfohlene Konzept schneller als erwartet verwirklicht werden könne.

Abg. Dr. Rödding (CDU) hält dem entgegen, daß beispielsweise eine C-4-Stelle mit dem Schwerpunkt Onkologie nicht von der Patientenzahl, sondern vom Stellenplan der Medizinischen Fakultät abhängig sei.

Leitender Ministerialrat Fiege (MWF) verweist hierzu auf den Zusammenhang mit der Entwicklung der Inneren Medizin. Onkologie und Hämatologie seien eine Spezialisierung der Inneren Medizin, die davon abhängig sei, wie sich die Innere Medizin entwickle, die ja nicht nur im Aachener Klinikum, sondern auch in anderen Krankenhäusern angeboten werde. Hier zeige sich, daß die - vom Wissenschaftsrat stets geforderte - Spezialisierung früher möglich und auch notwendig sei, als man dies zunächst gedacht habe.

Abg. Kniola (SPD) erinnert an die nach dem Haushaltsgesetz gegebene Möglichkeit, zusätzliche Angestelltenstellen in diesem Bereich immer dann einzurichten, wenn dies zuschußneutral geschehen könne, wenn also die zusätzlichen Angestellten die für sie anfallenden Personalausgaben selbst erwirtschafteten.

Diesen Weg wolle die SPD in Aachen weiterhin beschreiten. Es werde demnach im Laufe des Haushaltsjahres sicher auch noch einmal Überlegungen darüber geben, die entsprechenden Angestelltenstellen hier einzubringen. Er weist in diesem Zusammenhang auf den an sich unstrittigen Kostenplan für das Klinikum Aachen hin, der eine entsprechende Ausstattung umfasse, wie sie damals auch mit den Gremien - zum Beispiel Medizinausschuß - vereinbart worden sei.

Nach dem Willen der SPD-Fraktion dürfe aber nicht der Fall eintreten, daß dieser unstrittige und in den letzten beiden Haushaltsjahren auch praktizierte Vorgang daran scheitere, daß es die entsprechenden Professuren nicht gebe. Dabei aber handle es sich um Beamtenstellen, denn anders könne man einen C-4-Professor nicht gewinnen.

Wenn die Landesregierung dieses Vorhaben erst in ihren nächsten Haushaltsplanentwurf aufgenommen hätte, hätte es aber eine Verschiebung um ein Jahr gegeben, die die SPD-Fraktion im Interesse der zügigen Vollausslastung des Klinikums Aachen nicht für akzeptabel halte.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
9. Sitzung

20.02.1986
the-ma

Seine Fraktion habe daher den Antrag gestellt, die erforderlichen Beamtenstellen schon in diesem Haushaltsplan auszubringen, damit die entscheidenden Professuren, die für die nachfolgenden Stellen von großer Bedeutung seien, zu Beginn dieses Haushaltsjahres besetzt werden könnten.

Abg. Dr. Rödding (CDU) macht geltend, daß es üblicherweise einen Stellenplan dafür gebe, wie viele Stellen der verschiedenen Besoldungsgruppen eine voll ausgebaute Fakultät benötige.

Er wundere sich daher, daß eine solche strukturelle Frage mitten in den Haushaltsberatungen auftrete und daß die entsprechenden Stellen nicht bereits im Haushaltsplanentwurf enthalten seien. Er könne sich den Vorgang nur so erklären, daß entweder die Stellen bei der Haushaltsplanaufstellung übersehen worden seien - wofür er menschliches Verständnis hätte - oder daß sich der Plan geändert habe.

MinDgt Dr. Danco (MWF) betont, daß es für das Klinikum Aachen bereits seit Jahren eine exakte Strukturplanung gebe, die auch in diesem Ausschuß schon vorgetragen worden sei. Aus dieser Strukturplanung ergäben sich die soeben von LMR Fiege begründeten Stellen.

Dabei müsse man das Aachener Klinikum - genau wie etwa den Neubau in Münster - als Prozeßgeschehen betrachten, das sich langsamer oder schneller entwickeln könne. In Aachen sei die Entwicklung wesentlich schneller als erwartet verlaufen. Daher sei man schon im Zuge der Haushaltsaufstellung mit der Notwendigkeit konfrontiert worden, etwas zu tun. Dies sei sehr genau abgesprochen worden, und daraus hätten sich die zur Diskussion stehenden Meldungen ergeben.

Abg. Schultheis (SPD) verweist auf das Ergebnis des 2. Untersuchungsausschusses zum Aachener Klinikum; dort habe man diese Stellen festgestellt und beschrieben, welche Abteilungen im Endausbau des Klinikums Aachen vorhanden sein sollten.

Die jetzt beantragten Stellen gehörten zu der Absicht, auch im Aachener Raum zu einer ausgewogenen Krankenhauslandschaft zu kommen und nicht den anderen Krankenhäusern gerade im Bereich der Inneren Medizin Fälle wegzunehmen, die dort genauso gut wie im Klinikum behandelt würden. Daher handele es sich bei den jetzt beantragten Stellen sicherlich um eine sinnvolle Ergänzung.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
9. Sitzung

20.02.1986
the-ma

Der Ausschuß äußert an dieser Stelle die Bitte, das Ministerium für Wissenschaft und Forschung möge den Ausschußmitgliedern den Strukturplan für das Klinikum Aachen zustellen.

Unter Bezugnahme auf die C-4-Stelle für Kinder- und Jugendpsychiatrie geht Abg. Dr. Posdorf (CDU) auf die ihm gestern mitgeteilte Situation dieses Bereichs am Klinikum Essen ein: Dort sei die Kinder- und Jugendpsychiatrie durch den Weggang des zuständigen C-4-Professors und der Leitenden Oberärzte wegen Nichterfüllung von - berechtigten oder unberechtigten; das vermöge er im Augenblick noch nicht zu sagen - Forderungen über den Ausbau und die Weiterführung dieses Klinikums zu einem erheblichen Teil bedroht, die Facharztausbildung werde daran scheitern und dergleichen mehr.

Er macht deutlich, daß gerade im Revier die Versorgung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie außerordentlich schlecht sei, und gibt zu bedenken, ob man angesichts dieser Situation den Essener Professor gehen lassen könne, während gleichzeitig in Aachen die Kinder- und Jugendpsychiatrie aufgebaut werde.

Frau Minister Brunn macht deutlich, daß sie sich nach Kräften darum bemühe, den betreffenden Professor, der einen Ruf erhalten habe, zum Verbleib in Essen zu bewegen.

Was in Essen geschehe, stehe jedoch der Einrichtung eines Lehrstuhls in Aachen nicht entgegen, weil es sich in Essen um eine Klinik des Landschaftsverbandes handele, während Aachen eine landeseigene Klinik sei. In Essen sei eine Kooperation zwischen Landschaftsverband und Land erforderlich, die die Dinge bisweilen etwas komplizierter mache.

In Essen gebe es Streit hinsichtlich einer Grundstücksfrage, bei der sich das Land einsetze. Außerdem gebe es Fragen hinsichtlich einiger Stellen; dafür wiederum sei der Landschaftsverband zuständig, der sich in dieser Frage aber auch sehr engagiere.

Abg. Dr. Posdorf (CDU) macht darauf aufmerksam, daß in Essen nach seinen bisherigen Informationen angeblich schon in fünf Tagen die Entscheidung falle. Er gebe mit aller gebotenen Vorsicht zu bedenken, ob man nicht im Interesse der Versorgung im Revier eine Umschichtung vornehmen sollte, um in Essen den Bedarf schneller befriedigen zu können.

Abg. Schultheis (SPD) warnt davor, als Politiker den Blick nur auf den eigenen Raum zu verengen. Ziel müsse es vielmehr sein, landesweit eine flächendeckende Versorgung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu erreichen.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
9. Sitzung

20.02.1986
the-ma

Abg. Dr. Posdorf (CDU) stellt fest, daß er im Hinblick auf Essen heute keinen Antrag stellen könne, weil ihm bisher gesicherte Daten fehlten. Er äußert daher den dringenden Wunsch, das Ministerium möge sich Gedanken im Sinne einer zufriedenstellenden Lösung im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie am Klinikum Essen machen.

Abg. Kniola (SPD) macht deutlich, daß ein Zusammenhang zwischen der ins Gespräch gebrachten Stelle in Essen und der für Aachen beantragten Stelle nicht bestehe; denn die Essener C-4-Stelle bleibe unabhängig davon erhalten, ob in Aachen diese neue C-4-Stelle eingerichtet werde oder nicht.

Was das Klinikum Aachen betreffe, so gehe die SPD davon aus, daß der Strukturplan auch weiterhin zügig umgesetzt werde. Bei den jetzt zur Diskussion stehenden Eckprofessuren habe seine Fraktion allerdings nicht - wie es wahrscheinlich die Absicht der Landesregierung gewesen sei - bis zur Aufstellung des nächsten Haushaltsplans warten wollen; angesichts der Patientenzahlen und der Einnahmesituation halte man es vielmehr für geboten und vertretbar, diese Beamtenstellen schon jetzt zu realisieren.

MinDgt Dr. Danco (MWF) unterstreicht, daß die Psychiatrie in Essen durch den Landschaftsverband Rheinland betrieben werde. Es gebe Vereinbarungen zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und dem Lande Nordrhein-Westfalen über die Ausbildung von Studierenden durch Einrichtungen des Landschaftsverbandes Rheinland. Zu diesen Einrichtungen der Psychiatrie gehöre auch das Gebiet der Jugendpsychiatrie, das der von Abg. Dr. Posdorf (CDU) angesprochene Professor betreibe, der also auch in das Essener Klinikum integriert sei.

Das Ministerium habe aufgrund eines sehr eingehenden Berichts dieses Professors und nach Fühlungnahme mit dem Landschaftsverband das ihm Mögliche getan und sei in einer Grundstücksangelegenheit, die den vom Landschaftsverband geplanten Neubau einer Jugendpsychiatrie in Essen betreffe und die Voraussetzung für ein Verbleiben des Professors gewesen sei, entgegengekommen. Die Ministerin habe gerade in den letzten Tagen einen Brief der Gesamthochschule und des Landschaftsverbandes umgehend in diesem Sinne beantwortet, so daß vom Ministerium aus auch für diesen Landesteil alle gegebenen Möglichkeiten ausgeschöpft worden seien.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
9. Sitzung

20.02.1986
the-ma

Antrag 18

Ohne Diskussion.

Antrag 19

Abg. Kniola (SPD) erläutert, dem Deckungsvorschlag sei keineswegs eine Aussage über die Vorrangigkeit zu entnehmen; vielmehr könne das in Titel 716 10 veranschlagte Geld nicht in vollem Umfange abfließen. Im übrigen sei es ausdrücklicher Wunsch der SPD-Landtagsfraktion, daß die Halle Süd nunmehr gebaut werde.

Anträge 20 und 21

Ohne Diskussion.

Antrag 22

Abg. Kniola (SPD) weist darauf hin, daß die Finanzierung im Rahmen des Hochschulbaufinanzierungsgesetzes (HBFG) erfolge. In Übereinstimmung mit dem Sportausschuß halte die SPD-Fraktion insgesamt den Neubau der Zentralbibliothek an der Sporthochschule für wichtig.

Antrag 23

Abg. Dr. Rödding (CDU) vertritt - bei Zustimmung durch Abg. Kniola (SPD) - die Auffassung, daß die Gesamtproblematik mit der beantragten 20%igen Erhöhung der Honorare für Lehraufträge nicht erledigt sei. Im Rahmen der Beratungen über das Kunsthochschulgesetz werde man für die Lehrbeauftragten eine andere Struktur und eine auf Dauer befriedigende Regelung finden müssen.

Wenn man aber jetzt schon einen Schritt tun wolle, dann plädiere er für eine 30%ige Erhöhung der Stundensätze; denn die gegenwärtigen Stundensätze grenzten an Ausbeutung; die mit großem Idealismus tätigen Lehrbeauftragten bekämen teilweise nicht einmal die Fahrtkosten erstattet.

Er bezweifle allerdings, ob es richtig sei, die Deckung aus den Mitteln für einen Notzuschlag auf Zeit (NaZ) vorzunehmen. Möglicher-